

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Christian Ahrendt, Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8543 –**

Nationale Küstenwache schaffen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine nationale Küstenwache in zwei Schritten zu realisieren. Nach dem Antrag sollen in einem ersten Schritt alle Bundeszuständigkeiten in diesem Bereich zusammengefasst werden. In einem zweiten Schritt soll gemäß dem Antrag eine Übertragung der entsprechenden Landeskompetenzen auf den Bund durch eine Grundgesetzänderung erfolgen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8543 abzulehnen.

Berlin, den 29. Juni 2009

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Annette Faße
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Annette Faße

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8543** in seiner 205. Sitzung am 12. Februar 2009 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtiger Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine nationale Küstenwache in zwei Schritten zu realisieren. Nach dem Antrag sollen in einem ersten Schritt alle Bundeszuständigkeiten in diesem Bereich zusammengefasst werden. In einem zweiten Schritt soll gemäß dem Antrag eine Übertragung der entsprechenden Landeskompetenzen auf den Bund durch eine Grundgesetzänderung erfolgen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8543 in seiner 84. Sitzung am 18. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 18. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 129. Sitzung am 18. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 18. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 102. Sitzung am 18. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 18. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 18. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat im Rahmen eines Tagesordnungspunktes seiner 89. Sitzung am 13. Mai 2009 ein Expertengespräch zu dem Antrag durchgeführt. An dem Expertengespräch nahmen Prof. Dr. jur. Uwe Jenisch vom Walter-Schücking-Institut of International Law aus Kiel, Dierk Schittkowski, Abteilungsleiter in der Senatsbehörde für Inneres in Bremen und Hans-Werner Monsees, Leitender Polizeidirektor und Leiter des Havariekommandos in Cuxhaven teil. Wegen des Ergebnisses des Expertengesprächs wird auf das Protokoll der 89. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verwiesen. Schriftliche Stellungnahmen der Sachverständigen wurden als Ausschussdrucksachen 16(15)1393 und 16(15)1395 verteilt.

In seiner 93. Sitzung am 17. Juni 2009 hat der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** den Antrag auf Drucksache 16/8543 abschließend beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 29. Juni 2009

Annette Faße
Berichterstatlerin

